

„Die Wahrheit einfach zugeklebt“

Um Ausreisewillige zu schikanieren, fälschten DDR-Richter Urkunden und fällten Urteile gegen geschriebenes Recht. Die Chancen, die SED-Juristen wegen Rechtsbeugung zu belangen, sind gering: Die Weisung zum fortdauernden Gesetzesbruch der Justiz kam von SED-Generalsekretär Erich Honecker.

Die Wahrheit trug Christa Falke, 70, stets auf dem Rücken. Da hatte sich die rüstige Sächsin eine Tasche unter die Bluse genäht, in der sie Familienpost aus ihrer Heimatstadt Freiberg gen Westen schmuggelte: Schreiben aus der ostdeutschen Wirklichkeit, getippt auf Seidenpapier, „damit es bei den Grenzkontrollen nicht raschelt“.

Die heimliche Kurierfracht bestand aus den Durchschlägen von Schriftsätzen, die Falkes Tochter Gilrun Hirschmann, 47, an Gerichte und SED-Funktionäre verschickte. Auch ein Bittbrief an den Bundeskanzler war dabei.

Hirschmann, von Beruf Lehrerin, war 1986 von der Freiburger Clara-Zetkin-Oberschule geflogen, weil ihre Familie einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt hatte. Vor dem örtlichen Kreisgericht kämpfte sie gegen

ihre fristlose Kündigung. Aus Angst vor einer Verhaftung (Stasi-Drohung: „Wir werden euch zermalmen“) hielt sie mit Hilfe ihrer Mutter eine Anwältin im Westen auf dem laufenden – „damit die uns zur Not freikaufen können“.

Auf ihr Recht hoffte die Frau damals vergeblich: Eine Entscheidung des Gerichts bekam die Lehrerin bis zu ihrer Ausreise 1988 nicht. Die vergilbten Papiere indes werden bald wieder die Justiz beschäftigen. Hirschmann und weitere Übersiedler aus Freiberg haben ihre ehemaligen Richter wegen Rechtsbeugung angezeigt. Die Briefe sind wichtige Beweismittel dafür, mit welchen Methoden die DDR-Juristen ausreisewillige Bürger schikanierten.

Denn wie die Ostjustiz mit dem Fall der aufsässigen Familie wirklich umging, erfuhr Hirschmann erst nach der Wende, als sie die DDR-Gerichtsakten



Justizopfer Hirschmann
Schlimme Tortur

einsehen konnte. Zahlreiche Schreiben hatten die Juristen erst gar nicht abgeheftet. Aus den übrigen Klageschriften manipulierten sie fein säuberlich heraus, was auf den wahren Grund der Kündigung hindeuten könnte – den Ausreiseantrag der Familie. Nie fand sich in den Akten ein Originalschreiben Hirschmanns, stets nur „Abschriften“. Und darin fehlten Passagen – der Vergleich mit den geschmuggelten Durchschlägen beweist es – gleich absatzweise. Richter und Justizbedienstete hatten die Urkunden, sobald sie beim Gericht eintrafen, systematisch gefälscht.

Nichts deutete mehr auf den politischen Charakter des Verfahrens hin, den Hirschmann in ihren Klagebegründungen immer wieder herausgestellt hatte. Der unbedarfte Leser konnte den Akten lediglich entnehmen, daß die Lehrerin vor die Tür gesetzt wurde, weil sie angeblich ihre Arbeitspflichten nicht mehr erfüllt hatte.

Nicht alle Originalschreiben waren vernichtet. Viele fanden sich, Groteske der DDR-Bürokratie, in einem geschlossen Umschlag auf der Rückseite des Aktendeckels. Auf-



DDR-Demonstranten in Leipzig (1989): Von der Justiz zermürbt

schrift: „Nur vom übergeordneten Gericht zu öffnen.“ Hirschmann: „Die Richter hatten die Wahrheit einfach zugeklebt.“

Wie der Lehrerin erging es auch anderen DDR-Bürgern. Werner Kunath etwa, elf Jahre mit besten Zeugnissen Justitiar beim VEB Preß- und Schmiedewerke „Einheit“ im sächsischen Brand-Erbisdorf, hatte bald nach Abgabe seines Ausreiseantrages die Kündigung auf dem Tisch.

Kunath klagte nacheinander vor der betriebsinternen Konfliktkommission, dem Kreis- und dem Bezirksgericht gegen den Rausschmiß, ohne Erfolg.

Im Fall des Betriebsjuristen und seiner Ehefrau, die ihre Lehrerstelle ebenfalls verloren hatte, gingen die Justizfälscher noch ungehemmter zu Werk: Kunaths Schriftsätze nahmen die Bediensteten des Kreisgerichts nur in Kopie zu den Akten. Politisch heikle Passagen wurden zuvor überklebt, niemand schien sich an den klaffenden Lücken auf den Fotokopien zu stören. In der Akte seiner Frau waren Protokolle und Klageanträge sogar frei erfunden – um jeglichen politischen Hintergrund der Verfahren zu verschleiern.

Die Manipulationen waren Teil einer fein abgestimmten Strategie der SED. Die Ausreise aus der DDR sollte zwar theoretisch entsprechend den KSZE-Beschlüssen möglich sein, in der Praxis aber als aussichtslos erscheinen. Ausreisewillige sollten zermürbt werden, bis sie ihren Antrag wieder zurückzogen.

In die Schikanemaschinerie wurden die Gerichte rücksichtslos eingespannt. Während das politische Strafrecht den Richtern die Verurteilung allzu Aufsässiger mit schwammigen Paragraphen

wie „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit“ oder „Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ leichtmachte, mußten die Juristen das arbeitnehmerfreundliche und präzise formulierte Arbeitsrecht häufig ins Gegenteil verbiegen.

Wie das zu geschehen hatte, gab die SED-Führung vor. Die Funktionäre entwickelten bereits 1976 ein Konzept, mit dem sie den sich anbahnenden Massenexodus eindämmen wollten. Das Rezept, bereits bewährt bei der Aburteilung der Demonstranten vom 17. Juni 1953: die Gleichschaltung aller gerichtlichen Instanzen.

Im November 1976 zeichnete Honecker eine streng vertrauliche Hausmitteilung der Abteilung Staats- und Rechtsfragen des Zentralkomitees der SED ab, aufgrund deren die Staatsanwaltschaft derzeit wegen Anstiftung zur Rechtsbeugung gegen den Staatschef und weitere Funktionäre ermittelt. Die Parteiführer befahlen mit der Notiz die „einheitliche Strafverfolgung“ und die „einheitliche Anwendung des Arbeitsrechts“.

Die Justiz sollte fortan „die ganze Skala“ ihrer „Möglichkeiten ausschöpfen“. Staatsverdrossene sollten wegen staatsfeindlicher Hetze oder, falls sie ihre Kinder nicht mehr in die Schulen schickten, wegen Verletzung der Erziehungspflichten verurteilt werden.

Den Arbeitsrichtern gab der SED-Chef auf, Kündigungen zu bestätigen, die Führungskräfte, Lehrer oder Spezialisten in „wichtigen Produktionsanlagen“ erhielten, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten.

Die Arbeitsrechtler mußten schlicht lügen. Nie durfte eine Kündigung mit dem Ausreiseantrag begründet werden; weder aus den Kündigungsschreiben, noch aus den Urteilen der Arbeitsrichter

TARGON: Technologisch vorn mit Schmetterlingsflamme.



Schmetterlingsflammen nennen wir Gasflammen mit besonders energiesparender, umweltgerechter Wirkung. Sie spenden intensive Wärme, kühlen dabei aber rasch ab und bremsen so die Schadstoffbildung. In TARGON ist diese neue Technologie wirksam.

TARGON ist die Gas-Kompakt-Heizzentrale von Klöckner Wärmetechnik. Durch die Neuentwicklung von Brennerlanzen und Flammenbild wird jetzt eine noch wirksamere Reduzierung von Stickoxiden (NO_x) und Kohlenmonoxid (CO) erreicht. Mit TARGON können Sie für sich und die Umwelt viel Gutes tun.

TARGON ist Bestandteil der umfassenden, modularen Wärmekonzeption von Klöckner: die Kombination ökologischer, ökonomischer und elektronischer Wärmegewinnung. Sie reduzieren damit die fossilen Brennstoffe Öl bzw. Gas und aktivieren die regenerativen Umweltenergien aus Sonne, Luft oder auch Holz.

ASTRON  Solar Kollektor System	VISTRON  Warmwasser Speicher	AIRON  Luft/Wasser Wärmepumpe
ULTRON  Gas Brennvort-System	LOGON  Zentrale Regelung	TARGON  Gas Kompakt-Heizzentrale
SYSTRON  Öl Kompakt-Heizzentrale	VECTRON  Öl/Gas Gebläsebrenner	TORRON  Holz/Gebläse Feuerung

Die Klöckner-Wärmekonzeption gibt es in vielen Variationen für Familienhäuser und Gewerbeobjekte. Das qualifizierte Heizungshandwerk und Klöckner Wärmetechnik betreuen Sie.

Weitere Informationen von

KLOCKNER
Wärmetechnik

Klöckner Wärmetechnik
Marketing
Math.-Brüggen-Str. 76
5000 Köln 30



Ex-Volksbildungsministerin Honecker*: Direktiven an die Arbeitsrichter

durfte der wahre Grund des Rauswurfs hervorgehen. Die Führungsclique fürchtete politischen Schaden, sollte im Westen bekannt werden, daß Berufsverbote in der DDR an der Tagesordnung waren.

Die Partei hatte den Justizapparat fest im Griff. Das Stasi-Ministerium von Erich Mielke sorgte in geheimen MfS-Befehlen an Verwaltung und Gerichte dafür, daß der Wille der SED-Führung schnell allgemeines Gesetz wurde. Das Oberste Gericht der DDR gab den Inhalt der Stasi-Befehle an die unteren Richter weiter. Dazu erließen die Chefjuristen in unregelmäßigen Abständen „Orientierungen“, die den Richtern der nachfolgenden Instanzen auf „Fachrichtertagungen“ nahegebracht wurden und genau vorschrieben, wie in Politfällen zu entscheiden sei.

Volksbildungsministerin Margot Honecker gab dem obersten Arbeitsrichter der DDR, Walter Rudelt, persönlich auf, wie er bei arbeitsrechtlichen Klagen politisch mißliebiger Lehrer zu urteilen habe.

Die „Orientierungen“ galten als Staatsgeheimnis und wurden nur in wenigen nummerierten Exemplaren an die Leiter der Bezirksgerichte verteilt. Diese durften die Anweisungen ihren Richtern lediglich mündlich vermitteln. Wer ein Exemplar an Westler weitergereicht hätte, wäre wegen „Spionage“ viele Jahre hinter Gitter gewandert.

Die Juristen folgten dem höchststrichterlichen Diktat mit preußischer Gründlichkeit. Massenhaft verloren Ausreisewillige ihre Arbeit oder mußten sich mit schlecht bezahlten Hilfsarbeiterjobs zufriedengeben. Kaum einer wagte mehr, vor den Arbeitsrichtern zu klagen, nicht ein Betrieb wurde zur Rücknahme der Kündigung verurteilt. Die jahrelange berufliche Diskriminierung war für Tausende DDR-Bürger bis zu ihrer Ausreise die schlimmste Tortur.

Zusätzlich schüchterten drakonische Strafen die Oppositionellen ein. In Leipzig verurteilten Richter DDR-Bürger wegen „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit“ zu Haftstrafen, nur weil sie mit einer weißen Schleife an der Antenne ihrer Trabis herumgefahren waren, dem DDR-üblichen Zeichen der Ausreisewilligen.

Erich Honecker sparte nicht mit Lob für seine Hofjuristen: „Unsere Gerichte haben sich“, tönte der Staatsführer auf SED-Parteitag, „unter den Bedingungen des Klassenkampfes als zuverlässiges Instrument der Arbeiter- und Bauernmacht erwiesen.“

Die Geheimniskrämerei der DDR-Juristen hielt sich bis zum Schluß. Karl-Heinz Oehmke, Direktor am Ost-Berliner Stadtgericht und nach Bekunden von Richterkollegen ein „Scharfmacher“, las noch 1989 in einer Orientierung seinen Arbeitsrichtern eine vertrauliche Verfügung des Ministerrates vor, die eine



SED

HAUSMITTEILUNG

An	Genossen Erich Honecker	von Abteilung	Staats- und Rechtsfragen	Datum	29.10.76	Erläuterung	
Betr.	BRD	Durchführung von Maßnahmen zur Zurückweisung von Versuchen revanchistischer Kreise in der					

Werter Genosse Honecker!

Ausgehend von Deinem Fernschreiben an die Sekretäre der Bezirksleitungen über die erforderlichen Maßnahmen zur Zurückweisung von Versuchen revanchistischer Kreise in der BRD, Bürger der DDR zur Nichteinhaltung der Gesetze der DDR aufzufordern sowie vom bisherigen Erscheinungsbild feindlicher Handlungen einzelner Bürger, die die Gesetze der DDR verletzen, schlagen wir im Interesse einer einheitlichen Strafverfolgung und der einheitlichen Anwendung des Arbeitsrechts, in Übereinstimmung mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, Genossen Streit, folgendes Vorgehen vor:

- Kommt es zu einem arbeitsrechtlichen Verfahren, ~~anhand~~ Urteil die Tatsache der Antragstellung nicht als Begründung angegeben werden.

keine Fallbeurteilung und nicht die Antragstellung als Begründung angegeben werden!

Honecker-Anweisung zur Gleichschaltung der Justiz: „Zuverlässiges Instrument“

„Zurückdrängung von Antragstellungen auf Ausreise“ anordnete.

Die Oberrichter verfügten, Kündigungsschutzklagen Ausreisewilliger seien nicht durch ein Urteil zu entscheiden, sondern durch Beschluß ohne Gerichtsverhandlung. Die Politführung wollte vermeiden, daß sich die Oppositionellen durch ihre Klage ein publikumswirksames Podium verschafften. Die Anweisung indes widersprach geltendem Recht: Durch Beschluß durfte nur dann entschieden werden, wenn die Klage „offensichtlich unbegründet“ war.

Ein perfektes Kontrollsystem gewährleistete, daß keine abweichende Ent-

scheidung erging: Die Richter mußten ihre Urteile vor Verkündung der nächsthöheren Instanz vorlegen, oft kam der Entwurf mit Korrekturen zurück.

In Wochenmeldungen hatte jeder Richter den Stand seiner wichtigsten Verfahren an die Gerichtsdirektoren zu melden, die wiederum einen Wochenbericht an die nächsthöhere Instanz abliefern. Kollegen, die sich nicht an die Vorgaben hielten, wurden in Urteilskritiken ermahnt. Wer sich widerspenstig zeigte, mußte damit rechnen, zum Justizwachmeister degradiert zu werden.

Demnächst müssen sich etliche der folgamen DDR-Juristen selbst vor Ge-

nicht verantworten. Allein in Berlin ermitteln die Staatsanwälte in 3500 Fällen wegen Rechtsbeugung, ebenso viele Verfahren laufen in Sachsen.

Doch die West-Richter tun sich schwer, ihre Ost-Kollegen zu verurteilen. Laut DDR-Strafgesetz war Recht nur dann gebeugt, wenn Richter „wesentlich gesetzwidrig“ gehandelt haben.

Prompt sprach das Berliner Landgericht in einem ersten Verfahren im August die DDR-Richterin Kerstin Teitge und ihren Vorgesetzten Klaus Rosenfeld frei. Obwohl die beiden die Klage eines Arbeitnehmers gegen eine politisch motivierte Kündigung abgewiesen hatten, sei das „Bestreben des Richters“ erkennbar gewesen, „rechtmäßig zu handeln“, urteilten die Berliner.

Sollte das Landgerichtsurteil vor dem Bundesgerichtshof bestehen, können die Ermittler nahezu alle Akten schließen. „Ein absurdes Ergebnis“, sagt der Berliner Oberstaatsanwalt Klaus Dirk, „nach diesen Maßstäben haben allenfalls die Richter Recht gebeugt, die entgegen der Parteianweisungen zugunsten von Regimekritikern geurteilt hätten.“

Auch der Direktor des Freiburger Kreisgerichts, Klaus Winkler, beruft sich bei den Urkundenmanipulationen in dem Verfahren von Hirschmann auf Anweisungen höherrangiger Richter. Die sächsischen Staatsanwälte wollen solche Begründungen nicht gelten lassen: „Wenn ich immer wieder gegen Leute urteilen mußte, die lediglich von ihrem Menschenrecht Gebrauch machten“, sagt Harald Gürtler, stellvertretender Leiter der Dresdner Anklagebehörde, „dann mußte mir doch irgendwann die Einsicht kommen, daß dies nicht Rechts sein kann.“

Kriminalität

Sofort über die Grenze

Carjacking, der in USA weit verbreitete Autoraus, kommt auch in Deutschland in Mode.

Die 44jährige Nürnbergerin kam vom Einkaufen in der City. Ihr Wagen, ein Mercedes 400 E, stand in einem unbewachten Parkhaus. Als sie die Fahrertür aufschloß, spürte sie den Lauf einer Pistole im Rücken.

Der Mann stieß sie auf den Beifahrersitz, im gleichen Moment riß ein zweiter Täter die linke hintere Autotür auf und sprang auf die Rückbank.

Mit der Pistole im Anschlag lenkte der Unbekannte den Wagen aus dem Parkhaus durch die Innenstadt, Richtung Autobahn. An der Auffahrt zur A 9 stießen die Männer die Frau aus dem Wagen, nachdem sie ihr die Wagenpapiere und 1000 Mark Bargeld abgenommen hatten.

Carjacking nennen Kriminalexperten diese Art des Autoraus. In den USA ist das Delikt seit einigen Jahren bekannt. Allein in New York registrierte die Polizei im letzten Jahr 1200 Fälle. Jetzt scheint diese brutale Form des Autodiebstahls auch in Deutschland in Mode zu kommen. Einige Dutzend Fälle von Carjacking sind in diesem Jahr bei der Polizei gemeldet worden, auffällig viele davon in der Nähe der Grenze zu Polen und der Tschechoslowakei:

* Überprüfung eines neuen BMW mit polnischem Kennzeichen.

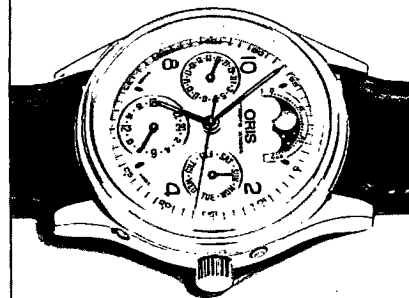


Polizeikontrolle (in Hamburg)*: Verbindung zur Auto-Mafia?

Oris Complication Classic.
Die mechanische Uhr,
ohne Batterie.
Komplex und komplett.

ORIS

Made in Switzerland
Since 1904



Komplizierte Uhren haben die Menschen seit jeher fasziniert. Neben der immer noch zentralen Zeitangabe können deshalb bei der Oris Complication auch Mondphase, Wochentag, Zeit in einer anderen Zeitzone und anderes mehr abgelesen werden. Nur höchste Ansprüche an Konstruktion und Ausführung ermöglichen solche Zusatzangaben bei einer Mechanik-Uhr. Wie bei Oris.

Oris Complication Classic.

Modell 571 7433 45 61.

Unverbindliche Preisempfehlung:

Edelstahlgehäuse DM 1'098,-

Goldplaque-Gehäuse DM 1'225,-

Verlangen Sie das Oris Buch mit High Mech Lexikon:

Oris Deutschland, Fritz Arning GmbH, Südensstraße 78, D-8034 Gernring, Tel. 089/84 67 85, Fax 089/841 41 25.

Oris Österreich, Walter Kalteis, A-3500 Krems, Tel. 02732/70647.

Oris Schweiz, CH-4434 Hölstein, Tel. 061/951 11 11, Fax 061/951 20 65.

Oris High Mech Lexikon.

Nr. 31

Der Stossdämpfer. Dieses elastische Lager hat die Aufgabe die Stöße auf die Zapfen der Uhrhülle zu dämpfen. Wenn diese Stossdämpfer eingebaut sind, spricht man bei einer Uhr oft auch von „shockresistant“. Der Deckstein a steht unter dem Druck der Feder b. Bei einem Axialstoß kann sich dieser Stein soweit heben, bis der Anschlag c an einem festen Teil anstößt. Zur Dämpfung seitlicher Stöße ist der Stein in einem Futter befestigt, welches mit einer geneigten Fläche d versehen ist, die eine leichte seitliche Verschiebung zulässt. Einer der besten Stossdämpfer wird unter der Marke „Incabloc“ hergestellt. Incabloc Stossdämpfer werden auch von ORIS verwendet.

